



OPPOSITIONSPREMIERE

**Der erste Machtverlust der CDU im
Bund nach der Bundestagswahl 1969**

Kai Wambach

AUF EINEN BLICK

- ▶ Der Machtverlust bei der Bundestagswahl 2021 und der Gang in die Opposition kamen nach langen Jahren der Regierungsführung für die CDU überraschend.
- ▶ Es gibt Ähnlichkeiten zur ersten Oppositionszeit nach der Bundestagswahl 1969: Dem Wechsel in die Opposition gingen eine lange Regierungszeit und unmittelbar eine Große Koalition voraus, Partei und Bundestagsfraktion waren nicht vorbereitet, Partei- und Fraktionsführung lagen bei unterschiedlichen Personen mit unterschiedlichen Vorstellungen. Dem Machtverlust folgte eine innerparteiliche Sehnsucht nach Reformen und Neuaufstellung und auch damals war man mit einer neuen Regierung konfrontiert, die sich in Abgrenzung zur langen CDU-Kanzlerschaft Gestaltungswillen und Aufbruch auf ihre Fahnen schrieb und vollmundig Reformen, Innovation, Teilhabe und Erneuerung versprach.
- ▶ Der frühere Kanzler und Parteivorsitzende Kurt Georg Kiesinger zeigte kaum Interesse an der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der CDU als Oppositionspartei und lebte einen Hang zur Fundamentalopposition vor. Ansätze für notwendige Reformen in Organisation und Programm der Partei liefen nur schleppend an und wurden erst nach Ende seiner Amtszeit umgesetzt.
- ▶ Im Kontrast dazu agierte die Fraktionsführung im Deutschen Bundestag. Unter dem Vorsitzenden Rainer Barzel wurde in kürzester Zeit die personelle und strukturelle Umformung zu einer schlagkräftigen Oppositionstruppe organisiert.
- ▶ Im Bundestag verfolgte die CDU eine grundsätzlich kompetitive Strategie mit kooperativer Offenheit. Ihre Kommunikation war allerdings nicht geeignet, die eigene Arbeit als echte Alternative zur Regierung zu präsentieren. Dass bei der Deutschland- und Ostpolitik keine klare Linie erreicht wurde, insbesondere nicht mit der CSU, trübt das Erscheinungsbild bis heute.
- ▶ Die jahrelange Trennung von Fraktions- und Parteivorsitz erwies sich als starker Hemmschuh für die Oppositionsarbeit nach außen und nach innen und minderte die Durchschlagskraft des Oppositionsführers immens.

INHALTSVERZEICHNIS

| | | |
|----------|--|----|
| 1 | Angriff auf das Gewohnheitsrecht | 3 |
| 2 | Böses Erwachen: Machtverlust | 4 |
| 3 | Opposition, was nun? Und wer? | 6 |
| 4 | Aktion im Aktionismus | 8 |
| 5 | Partei stagniert, Fraktion galoppiert | 10 |
| 6 | Prägende Kontroverse | 13 |
| 7 | Premierenkritik | 14 |
| 8 | Ausblick: Opposition mit 13-jähriger Spielzeit | 15 |
| | Literaturverzeichnis | 18 |

1. ANGRIFF AUF DAS GEWOHNHEITSRECHT

Es war ein jähes, schmerzhaftes Erwachen. Gerade noch war man die stärkste Fraktion im Parlament mit großem Abstand zum jeweiligen Koalitionspartner. Ein wohliger Zustand, seit mehreren Wahlperioden. Dann aber war mit einem Mal alles anders. Das schlechte Ergebnis bei der Bundestagswahl 2021 war für die CDU nicht nur schwer verdaulich, es hatte überdies Folgen mit Seltenheitswert in der über 70-jährigen Geschichte der Bundespartei und ihrer parlamentarischen Vertretung: den Übergang von der Regierungs- zur Oppositionspartei. Dabei hatte trotz aller Unkenrufe im Frühjahr und noch bis Spätsommer 2021 wohl niemand geglaubt, dass sich die Christlich-Demokratische Union nach der Bundestagswahl in der Opposition wiederfinden könnte. Allenfalls der Vorsitzende der bayerischen Schwesterpartei behauptete später, er hätte es ab dem 19. April kommen sehen. Es wurde im Gegenteil lange diskutiert, ob es allein mit den Grünen als neuem Partner reichen oder ob es erstmals eine Jamaika-Koalition unter Einbindung der Freien Demokraten geben werde. Dann kam die Wahl.

Damit stand die CDU nach 1969 und 1998 zum erst dritten Mal in ihrer Geschichte vor der Herausforderung, nach langen Jahren an der Macht auf die harten Bänke der Opposition wechseln zu müssen. Aus der aktuell nur noch 197-köpfigen CDU/CSU-Fraktion haben gerade einmal elf Abgeordnete das letzte solche „Malheur“ miterlebt, als sie nach der Bundestagswahl 1998 nicht mehr in der Regierungs-, sondern in der Oppositionsfraktion waren, darunter Hermann Gröhe, Michael Meister, Norbert Röttgen, der neue Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, und Wolfgang Schäuble. Auch wenn Geschichte sich nicht wiederholt – es sei denn als Farce, wie Karl Marx zu wissen meinte –, so fallen doch gewisse Ähnlichkeiten bei den Regierungsverlusten der CDU ins Auge. Reichlich possenhaft mutet etwa an, dass für die CDU der Gang in die Opposition jedes Mal mit einer mittelschweren Überraschung hierüber zu beginnen scheint – wenn dies auch gleichwohl an den vorausgehenden langen Regierungszeiten liegen mag, die ebenso typisch sind, überrascht die Überraschung doch sehr.

Nicht nur nach den langen Ären Kohl und Merkel, sondern schon beim ersten Mal 1969 traf der Machtverlust auf eine weitgehend unvorbereitet wirkende Mitglieder- und Mandatsträgerschaft. Damals wie heute bedeutete dies einen außergewöhnlichen Rollenwechsel mit unbekanntem Ausgang, wenngleich mittlerweile die Erfahrungen der vergangenen Male Anhaltspunkte für die folgenden Monate geben können. Ein vermeintlicher Vorteil, den es bei der Oppositionspremiere 1969 nicht gab – damals herrschte in weiten Teilen der CDU eine paralysierende Mischung aus Ungläubig- und Fassungslosigkeit ob der Tatsache, nach 20 Jahren und erstmalig seit Gründung der Bundesrepublik nicht mehr den Kanzler zu stellen. Dies wurde in Teilen von Partei und Bundestagsfraktion als offener Angriff auf das Gewohnheitsrecht betrachtet, das sich über die Kanzlerschaften von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger etabliert und in dem man sich gemütlich eingerichtet hatte. So glaubten bis zum Schluss viele Christliche Demokraten nicht daran oder wollten nicht glauben, dass eine Koalition gegen CDU und CSU gebildet werden könnte oder gar würde. Dies, obwohl der Koalitionspartner SPD seit Monaten zunehmend als Opposition in der Regierung wahr-

genommen wurde und die Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten mit den Stimmen von SPD und FDP ein halbes Jahr zuvor zumindest die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegen die Union eindrucksvoll unterstrichen hatte.

2. BÖSES ERWACHEN: MACHTVERLUST

Das Abschneiden von CDU und CSU bei der Wahl von 1969 war für sich betrachtet und im Gegensatz zu 2021 zunächst nicht geeignet, Missstimmung aufkommen zu lassen. Im Gegenteil sah es zuallererst gar nach einer absoluten Mehrheit für die Union aus. Das Endergebnis war mit 46,1 Prozent der Stimmen respektabel und immer noch das drittbeste seit 1949. Der leichte Verlust von 1,5 Prozentpunkten schien hinnehmbar, und Kanzler Kiesinger hatte sich noch in der Wahlnacht den Journalisten als vermeintlich eindeutiger Sieger präsentiert – eine Auffassung, von der er trotz sich ändernder Vorzeichen längere Zeit nicht abrücken wollte. Selbst nachdem sich die Hochrechnungen zu Ungunsten der Union verschoben und schließlich SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt vor die Kameras trat und verkündete, mit dem FDP-Vorsitzenden Walter Scheel einig zu sein, erstmals auf Bundesebene eine Regierungskoalition aus SPD und FDP unter seiner Führung bilden zu wollen, sah der Kanzler und CDU-Parteivorsitzende dies noch recht gelassen. Immerhin hatte Brandt am Ende gerade einmal fünf Stimmen über der Kanzlermehrheit im neuen Bundestag. Außerdem hatte die FDP unter Scheels neuem Kurs bei der Wahl massiv an Stimmen verloren und Kiesinger war im Glauben an die Allgemeingültigkeit seiner vielen liberalen Bekanntschaften aus dem südwestdeutschen Stammgebiet der FDP der festen Überzeugung, dass die liberal-konservativen Kräfte in der FDP nicht auf den Gedanken kämen, dem SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt ihre Stimme zu geben. Selbst wenn sich in den kommenden Monaten zeigen sollte, dass diese Annahme in zunehmendem Maße zutreffender wurde, sollte sie doch zunächst der rot-gelben Koalitionsbildung nicht im Wege stehen.



Am 2. Oktober 1969 nehmen SPD und FDP in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen Koalitionsverhandlungen auf. Linke Seite: (v. l.) Wolfgang Mischnick, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, und Walter Scheel, FDP-Parteivorsitzender. Rechte Seite: (v. r.) Willy Brandt, SPD-Parteivorsitzender, Helmut Schmidt, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, und Alex Möller, Mitglied des SPD-Parteivorstands.

Vielmehr haftete der sich abzeichnenden neuen Koalition erst einmal der belebende Glanz der Zukunft an. Zwar im völligen Widerspruch zum Wahlergebnis, nach 20 Jahren Kanzlerschaft indes konsequenterweise erhielt die Union das wenig attraktive Prädikat der „Vergangenheit“. Am augenfälligsten drückte sich dies im proklamierten Willen Brandts und Scheels aus, neue Wege in der Deutschland- und Ostpolitik zu gehen. Ein Feld, das zwar nicht im Zentrum des Wahlkampfes stand, das aber für beide Partner konstitutiven Charakter hatte und für die Bevölkerung in dem Maße an Wichtigkeit gewann, als das neue Bündnis hier spektakuläre Fortschritte versprach und so schnell wie möglich zu erreichen versuchte. Die sozial-liberale Koalition definierte sich generell, aber fraglos auch aufgrund der von Kiesinger erhofften Verweigerungshaltung von Teilen der Nationalliberalen stark über solch große, gemeinsame und verbindende Zukunftsprojekte, die es ermöglichten, jede Ablehnung des Bündnisses als Unterwanderung des Fortschritts und des Neuen zu deklarieren. Eine fast schon natürliche Folge der erstmaligen Eroberung des bis dahin rein CDU-geführten Kanzleramtes: Alles, was wir als Koalition jetzt machen, wird neu, wird innovativ, wer dagegen ist, ist unmodern, blickt nur nach hinten, schwimmt „gegen den Strom“.¹ Mag dies mittlerweile als minimalster Marketing-Anspruch jeder Wachablösung gelten, konnte es 1969 erstmalig voll ausgespielt werden und verfiel umso besser, als das neue Bündnis sich auch in der Innen- und Gesellschaftspolitik als neue, frische, unverbrauchte und visionäre Regierung darzustellen wusste und nahezu jedem Vorhaben das Label „Reform“ anhängte. Dieser Anspruch wurde bereits früh in Willy Brandts Regierungserklärung deutlich: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“

Man kann Brandt und seiner ersten Regierung nicht absprechen, mit diesem aus Unions-sicht durchaus hochfahrenden Anspruch einen nachhaltigen medialen Volltreffer gelandet zu haben – bis heute gilt sein Amtsantritt vielen als eine zweite, moderne Gründung der Republik. Es ist vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass die sogenannte Ampel-Koalition von 2021 ausgerechnet die anlehrende Formel „Mehr Fortschritt wagen“ zu ihrem Leitmotiv machte und sich hierdurch einen verbalen Brückenschlag erhofft. Natürlich war damals wie heute nicht klar, ob die mit so viel Selbstanspruch und Selbstgewissheit startende(n) Fortschrittskoalition(en) reüssieren und ihre Transformationsvorstellungen umsetzen können würde(n).

Mehr noch als heute hatte nach dem Regierungswechsel von 1969 der Erfolg dieser Selbst- und Fremdzuschreibung als glanzvoller Aufbruch starke Auswirkungen auf die Oppositionsarbeit der CDU – ein Kurs der kompetitiven Fundamentalopposition drohte hierdurch als restaurative Bemühung um einen Rückschritt in die Vergangenheit rezipiert zu werden.

3. OPPOSITION, WAS NUN? UND WER?

Wie die CDU sich nun in der gänzlich unbekanntenen Oppositionsrolle im Bund als Partei aufstellen und wie sie sich künftig gemeinsam mit der bayerischen Schwesterpartei im Parlament verhalten sollte – das war in der Tat eine Frage, über die angesichts gewohnheitsrechtlicher Vermutungen über den Wahlausgang kaum jemand vorher nachgedacht hatte. Es gab auf Bundesebene auch keine Erfahrungswerte, auf die man hätte zurückgreifen können. Darüber hinaus war auch noch nicht eindeutig, welche Gremien oder welche Personen in der Opposition den politischen Kurs der Partei und ihrer Politik wesentlich bestimmen würden. Es gab eine Reihe prominenter Führungspolitiker, die in Betracht kamen, von Kiesinger über Gerhard Schröder und Gerhard Stoltenberg bis zu Rainer Barzel und Kai-Uwe von Hassel. Die indes wahrscheinlichste Front war die zwischen Parteichef und Kanzler beziehungsweise Kanzlerkandidat und dem Fraktionsführer im Bundestag.



Plakat zur Bundestagswahl 1969.

Der Wahlkampf-Slogan der Union hatte gelautet: „Auf den Kanzler kommt es an“. Also auf Kiesinger, als CDU-Vorsitzender die anscheinend natürliche Führungspersönlichkeit? Allerdings hatte seine parteiinterne Popularität in den Wahlkampfmonaten unter seiner kaum verhohlenen Bereitschaft zur Fortführung der Großen Koalition stark gelitten. Würde sein als moderierend aufgefasster Stil der vergangenen Jahre den nun deutlich hervorzuhebenden Kontrast zur Regierungspolitik transportieren können? Hätte er Interesse an dieser Rolle? Oder galt für die Opposition nun, dass es künftig auf die gemeinsame Bundestagsfraktion mit der CSU ankommen würde, als sichtbarste Vertretung der CDU-Bundespolitik in den kommenden Jahren und in direkter Konfrontation mit dem neuen Bundeskanzler? Deren langjähriger Vorsitzender Rainer Barzel hatte Kiesinger noch spät in der Wahlnacht zu verstehen gegeben, dass er auch künftig Fraktionsführer bleiben wolle und werde – und dies gelang eindrucksvoll. Bei seiner Bestätigung im Amt nach der Bundestagswahl erhielt

er bei acht Enthaltungen nur vier Gegenstimmen, und die CSU stimmte geschlossen für ihn. Barzel hatte die Zeit der Großen Koalition geschickt genutzt, sein nach dem Rückzug Ludwig Erhards beschädigtes persönliches Renommee durch konsequente, ausgleichende und erfolgreiche Sacharbeit wieder erheblich zu steigern. Seine Amtsführung war unbestritten, und er ließ innerparteilich keinen Zweifel, dass er das Heft der Gestaltung der Oppositionsarbeit in seiner Hand sah.

Tatsächlich blieb das nun zu erwartende Ringen um die Führungsrolle innerhalb der CDU vorerst aus. Kiesinger ging es nicht um Fragen künftiger Oppositionsarbeit. Er konzentrierte stattdessen seine gesamte Aufmerksamkeit darauf, Brandts Koalitionsbildung, wenn überhaupt möglich, noch zu untergraben, und strengte Sondierungsgespräche über Koalitionsverhandlungen an. Trotz Brandts Ankündigung, mit dem FDP-Vorsitzenden Walter Scheel bereits einig zu sein, war dies ein folgerichtiger und formal richtiger Schritt: Wenn die Union am Ende auch nicht gesiegt hatte, hatte sie doch die Wahl gewonnen und somit zunächst einen Führungsanspruch.

Eine Neuauflage der rein an den Ergebnissen gemessen höchst erfolgreichen Großen Koalition musste an den Aversionen, die sich in nur drei Jahren zwischen SPD und CDU/CSU aufgebaut hatten, zwingend scheitern und niemand zog diese Option ernsthaft in Erwägung. Eine Koalition mit der FDP blieb als einziger, wenn auch kaum erreichbarer Ausweg, das war nicht nur Kiesinger bewusst. Er bemühte sich nach der Wahl in erster Linie, Brandt dadurch zu verhindern, dass er die nationalliberale Gruppe um den ehemaligen FDP-Vorsitzenden Erich Mende umwarb: Kabinettsposten, Listenoptionen bei Landtagswahlen, bessere Behandlung als Koalitionspartner als in der Vergangenheit – vergeblich. Die Frustration hierüber war so groß, dass der CDU-Vorsitzende ungeschickt ankündigte, man werde die FDP nun bei den Wahlen der kommenden Jahre aus den Parlamenten „hinauskatapultieren“ und „wegharken“.² Eine menschlich verständliche Enttäuschung, doch der schlechte Stil des kurzen schwachen Moments band die Freien Demokraten in diesem Moment doch nur umso enger an die SPD.

Im Gegensatz zum Parteivorsitzenden stellte sich der Fraktionsvorsitzende Barzel schon frühzeitig auf die künftige Oppositionsrolle ein. Obwohl auch er vom Umschwung der Hochrechnungen überrascht worden war, begriff er noch in der Wahlnacht, dass die Union sich auf eine gänzlich unbekannte Funktion vorbereiten musste. Auch er unterstützte Sondierungsgespräche, aber nur pro forma für die Deutungshoheit, für die Außendarstellung. Eine tatsächliche Regierungsbeteiligung der CDU, auch eine Verhinderung Brandts, erschienen ihm unrealistisch. Er selbst beteiligte sich in keiner Weise an den Gesprächen und er versuchte auch nicht – anders als beispielsweise eine Minderheit von CDU-Politikern um Helmut Kohl –, das angeschlagene Verhältnis zur FDP zu kitten.

Barzel setzte vielmehr persönliche Akzente, um seine künftige, führende Rolle deutlich zu machen. So war er nicht nur der erste Oppositionspolitiker, der Willy Brandt nach dessen Wahl zum Bundeskanzler die Hand schüttelte und seine Glückwünsche aussprach, während Kiesinger schockiert auf seinem Platz sitzen blieb und es nicht fassen konnte. Er hielt auch ganz selbstverständlich die Gegenrede zu Kanzler Brandts erster Regierungserklärung Ende Oktober 1969 und setzte damit die Leitlinien der CDU/CSU-Opposition im 6. Deutschen Bundestag. Auch wenn er zunächst als „Sieger auf dem Feld der Leere“³ betitelt wurde – die Führung war Barzel nicht allein durch die Untätigkeit anderer zugefallen. Vielmehr arbeitete er seit dem Wahlabend unermüdlich daran, dass alles in seine Richtung lief und er die Oppositionspolitik der kommenden Jahre bestimmen konnte.

4. AKTION IM AKTIONISMUS

Den Vorsitz einer Bundestagsfraktion zu führen ist eine der anspruchsvollsten politischen Aufgaben; dies gilt für Regierungs- ebenso wie für Oppositionsfraktionen. Dem oder der Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion kommt darüber hinaus eine besondere Verantwortung zu, gelten er oder sie gemeinhin doch als Oppositionsführer, und damit als erste Repräsentanten der Alternative zur Regierung, als personifizierte Gegenkräfte zum Bundeskanzler in einer der zentralen demokratischen Herzkammern unserer Republik, als demokratisch legitimierte Kontrollorgane der Regierung. Inwieweit die neue Realität der Gegenwart mit mittlerweile sechs im Parlament vertretenen Fraktionen hierfür inhaltliche oder semantische Änderungen bereithalten mag, ist noch nicht abzusehen. Für 1969 galt noch definitiv: Die CDU/CSU-Fraktion, als einzige Nicht-Regierungsfraktion im Parlament, war *die* Opposition, Rainer Barzel war *der* Oppositionsführer. Eine ihm zwar auch zugefallene, vor allem aber angeeignete Position.

Während die Partei sich im Schock der Wahlergebnisse einer gewissen Wehleidigkeit ergab und sich in einer Form der Fassungslosigkeit suhlte, die noch einige Monate anhalten sollte, galt Barzels erste Sorge der (Re-)Organisation der Fraktion, die er führen wollte. Die Herausforderungen waren groß – die CDU musste zeigen, dass sie auch ohne Regierungsverantwortung dem Land dienen konnte –, außerdem mussten dem neuen Regierungsbündnis dringend seine Grenzen aufgezeigt werden. Hierfür musste wie vor einer Fußballsaison die beste Mannschaft aufgestellt werden, die gedeihlich miteinander und kontrovers gegen die Mehrheit im Parlament spielen und als glaubhafte politische und personelle Alternative bereitstehen musste. Die Zeit hierfür war knapp: Das Team musste so schnell wie möglich stehen und langfristig bestehen. Außerdem war Barzel gut beraten, strategisch darauf zu achten, dass so wenig Störgeräusche wie möglich ihn persönlich oder seine Arbeit erfassen konnten, dass die Fraktion geschlossen auftrat und seine Rolle nicht angezweifelt wurde. Vor dem Hintergrund, dass nun keine Regierungsposten für die ehemaligen Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre mehr zur Verfügung standen, konnte dies leicht zum Problem werden. Einflussreiche politische Schwergewichte wie der langjährige Innen-, Außen- und Verteidigungsminister Gerhard Schröder, Hans Katzer, Gerhard Stoltenberg, Heinrich Windelen, Aenne Brauksiepe, Ernst Benda, Heinrich Köppler, Paul Lücke oder auch CSU-Kollegen wie Franz Josef Strauß, Hermann Höcherl, Werner Dollinger oder Karl Theodor von und zu Guttenberg kehrten aus dem Kabinett in die Fraktion zurück – sie mussten dringend beschäftigt werden. Denn „bekanntermaßen“, so formulierte es Hans-Peter Schwarz treffend, „gehört [...] zu den Hauptbeschäftigungen jeder Opposition, sich durch Positionskämpfe ihrer maßgebenden Figuren das Leben noch schwerer zu machen, als es ohnehin schon“ sei.⁴

Nichts wurde bei der Formierung einer schlagkräftigen Truppe gegen die neue Bundesregierung weniger gebraucht als reichweitenstarke, aber nicht eingebundene Persönlichkeiten mit zu viel Bewegungsspielraum, die, auf eigene Profilierung bedacht, gegen die Fraktionsdisziplin randalierten. Und es mussten bestenfalls alle oder so viele wie möglich mit einer Funktion bedacht werden, denn – um im Fußballjargon zu bleiben – rotieren lassen konnte Barzel seine Superstars nicht, um allen genug Einsatzzeiten zu verschaffen. Der wichtigste Schritt hierfür gelang früh, und Schröder erhielt den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages.

Außerdem wurden von der Fraktion fortan für jeden Ausschuss Obleute eingesetzt, selbst wenn die Union im entsprechenden Ausschuss bereits den Vorsitz führte. In direkter Folge ließ Barzel durchsetzen, dass ab sofort keine Ämterkumulation mehr erlaubt war – das heißt, der Vorsitz und stellvertretende Vorsitz in der Fraktion, im Arbeitskreis, in einem Bundestagsausschuss oder eine Tätigkeit als Obmann waren künftig nicht mehr miteinander vereinbar.

Damit war Platz geschaffen für die zurückgekehrten ehemaligen Minister und Staatssekretäre, die fortan in die Fraktionsarbeit eingebunden wurden und hier ihr Potenzial und ihre Energie entfalten durften. Zudem konnte Schröder, einer von Barzels langjährigen innerparteilichen Konkurrenten, mit diesen neuen Regelungen nicht mehr direkt in die Arbeit der Fraktionsführung eingreifen. Auch letztere wurde umstrukturiert. Die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden erscheint im Vergleich zur Gegenwart gering: Sind es heute bei 197 Abgeordneten zwölf Stellvertreter, waren es 1969 „nur“ sieben bei 250 Fraktionsmitgliedern. Nur der CSU-Landesgruppenvorsitzende Richard Stücklen und der altgediente Detlev Struve verblieben im Amt. Mit Windelen, Katzer und Stoltenberg kamen drei ehemalige Minister dazu, ergänzt durch Annemarie Griesinger und Manfred Wörner. Die Zuständigkeitsbereiche und Funktionen der Stellvertreter wurden für die neue Legislaturperiode deutlich schärfer ausgestaltet für effektivere Planbarkeit und um schneller und ergebnisorientierter auf neue Entwicklungen reagieren zu können.

Wesentlich wichtiger war jedoch eine andere Modifikation im Fraktionsvorstand: Um den veränderten Anforderungen in der Oppositionsarbeit genügen zu können, wurde im Gegensatz zu den Stellvertreterposten die Zahl der Parlamentarischen Geschäftsführer bewusst deutlich von drei auf fünf erhöht. Zu den parlamentarischen Urgesteinen Will Rasner und Josef „Jupp“ Rösing sowie CSU-Mann Leo Wagner stießen mit Köppler und Olaf Baron von Wrangel zwei agile und aufstrebende Nachwuchshoffnungen dazu, die beide erst seit 1965 im Bundestag waren. Damit gelang auch hier eine gute Durchmischung aus Erfahrung und „Jugend“, und insbesondere die für eine Opposition so wichtigen Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Fragewesen wurden auf diese Weise ausgebaut und verstärkt – wenn auch nicht ausreichend, wie sich herausstellen sollte. Auch die Arbeitsweise der Fraktion wurde auf die neuen Zeiten angepasst, es wurden Planungskommissionen und wesentliche Ablaufverbesserungen für die Arbeitskreise eingeführt.

Der Effekt all dieser und weiterer Maßnahmen war vor allem, dass die Bundestagsfraktion im Gegensatz zur Bundespartei nach dem Gang in die Opposition vor lauter Arbeit kaum Zeit hatte, den Kopf hängen zu lassen. Es handelte sich um eine Mischung aus zielorientierten und notwendigen reformerischen Modulationen der Fraktionsarbeit und bewusstem „Aktionismus“⁴⁵, letzterer von Barzel wohlüberlegt initiiert, um die Fraktion durch Arbeit abzulenken und auf ihre neuen Aufgaben einzuschwören.

Auch wenn der hierdurch zu Beginn der Oppositionszeit in der Fraktion entfesselte Elan der Anfangsmonate nicht ewig halten konnte, wurde doch erreicht, dass die Fraktion nicht in Schockstarre fiel wie der Rest der CDU, die mehrheitlich über Monate nicht aus dem Jammerthal des Selbstmitleids ob des Machtverlusts herausfand. Darüber hinaus amortisierte sich schon kurzfristig und in zunehmender Weise der infolge des Oppositionsganges notwendig gewordene, großräumige Ausbau des wissenschaftlichen Apparates der Unionsfraktion. Vor der Bundestagswahl verfügte die Fraktion hier über nicht einmal 60 Kräfte, die wenigsten

von ihnen wissenschaftliche Mitarbeiter; viel zu wenig, da nun nicht mehr auf die komfortable Unterstützung der Ministerialverwaltung des Bundes gebaut werden konnte. Vorher bediente man sich dieser bequemen und die Fraktionskasse schonenden Hilfestellung nur allzu gern. Das Problem war schnell erkannt und angegangen: Durch unverzüglich in Gang gebrachte Einstellungen wuchs die Zahl der Mitarbeiter innerhalb von nicht einmal zwei Jahren bis Ende 1971 um fast 200 Prozent auf 170. Dies war auch dringend nötig, wollte man doch der Regierung auf dem Gebiet der Sachpolitik konfrontativ begegnen und sie stellen. Strittige Themen hierzu gab es genug.

5. PARTEI STAGNIERT, FRAKTION GALOPPIERT

Die CDU nutzte die Regierungserklärung von Willy Brandt, um früh aufzuzeigen, wie sie die kommenden Jahre der Opposition operativ zu gestalten beabsichtigte. Die Vorstellungen der Koalition sollten, wo nötig, zurückgewiesen werden. Genauso sollten aber auch, wenn möglich, sinnvolle Vorhaben unterstützt werden. Dies könne allerdings, so die Forderung von CDU und CSU, nur funktionieren, wenn man auch als Opposition stets über ausreichende Informationen verfüge, die die Regierung zu liefern habe – ein Streitpunkt, der die kommenden vier Jahre ein wesentlicher Störfaktor zwischen Koalition und Union sein sollte. Denn dass man sich nicht als „abgelöste Wache“ sah, „die nun schlafen gehen und die Augen zumachen“ könne, machte Barzel als Oppositionsführer ebenso deutlich, wie er für CDU und CSU unterstrich, nicht „die

leichtere Hand beim Geldausgeben für große Stunden der Opposition zu halten“ und leichtfertig hohe Ausgaben und Wohltaten für alles Mögliche zu fordern.⁶ Ganz im Gegenteil zielte die Union von Beginn ihrer Oppositionszeit darauf ab, der sozial-liberalen Koalition regelmäßig vorzuwerfen: Leichtfertigkeit bei der Finanzierung ihrer vielfachen und vielfältigen Reformprojekte. Dies war im Bundesvorstand und in der Fraktion angekündigt und festgelegt worden und zog sich wie ein roter Faden bis zum Slogan der vorgezogenen Bundestagswahl 1972, als Barzel als Spitzenkandidat mit Strauß, Schröder und Katzer im Team für die CDU warb: „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität.“



Plakat zur Bundestagswahl 1972.

So folgte die Union indirekt dem Narrativ der sozial-liberalen Koalition, dass mit dieser eine neue Zeit anbreche, wenngleich keine glorreiche, indem sie selbst für das Feld der Haushalts- und Finanzpolitik klar die Grenze zog und dem Kanzler deutlich machte, dass bei seinem Amtsantritt „der Schutt der Nachkriegsjahre weggeräumt“ und die „Hektik des Wiederaufbaus“ vorbei wäre. „Sie treten Ihr Amt an bei Vollbeschäftigung, stabilem Geld und wohlgeordneten Finanzen. [...] Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland stand kein Bundeskanzler bei seinem Amtsantritt in einer vergleichbaren Situation“, erklärte Barzel im Plenum des Deutschen Bundestags.⁷ Statt aber dem Parlament eine Gesamtvorhabenplanung vorzulegen, die finanzpolitisch gedeckt sei, vollziehe die neue Regierung erst einmal einen fröhlichen Einstand, bei dem alle einen ausgegeben bekommen würden – dies wäre in keiner Weise gerechtfertigt und eine sich derart billig machende Politik würde am Ende alle teuer zu stehen kommen, so Barzel. Diese zu Beginn der 13 Jahre währenden Oppositionszeit der Union aufgemachte Linie konnte die CDU bis zum Bruch der sozial-liberalen Koalition halten und immer wieder darauf rekurrieren, bis schließlich ausgerechnet wieder Barzel, der das Konstruktive Misstrauensvotum für Helmut Kohl gegen Helmut Schmidt begründete, am 1. Oktober 1982 das bittere Fazit zog: „Der Schluß ist da. Es ist zu teuer.“⁸

1969 waren damit zunächst die Grundlinien der kommenden Jahre für die Opposition gelegt, die Mannschaft war aufgestellt, innerhalb kurzer Zeit war die CDU für ihr Debüt bereit. Der Start in die plötzliche und unerwartete neue Rolle war der CDU insofern zumindest auf parlamentarischer Ebene geglückt. Das stand im augenfälligen Kontrast zur Bundespartei, die in den Monaten nach der Bundestagswahl vorerst wie in Apathie verharrte. Dies lag auch an der mangelnden Einsichtsfähigkeit des Parteivorsitzenden Kiesinger, der auch dann noch viel Energie in einen Kampf um sein Amt steckte, als es längst aussichtslos war, und sich dann einstweilen trotzend zurückzog und keine Initiative mehr entwickelte oder zuließ. Für die Oppositionsarbeit war die Partei damit über Monate in keiner Weise gestalterisch tätig. Bis weit ins Jahr 1970 hinein hieß es hingegen, dass „das Zugpferd der Partei [...] im Bundeshaus gesattelt“⁹ wurde: Die Partei stagnierte, die Fraktion galoppierte. Der Grund für Letzteres war die gleichzeitig fatalistische wie pragmatische Bereitschaft, das Beste aus den durch die Wählerinnen und Wähler neugeordneten Verhältnissen zu machen. Hierdurch und durch die eingeleiteten Maßnahmen wurde nicht nur die Moral der Abgeordneten über die Phasen der ersten Depression hinweggehoben und anschließend stetig gesteigert. In der Tat konnte sich auch die qualitative und quantitative Sacharbeit der CDU/CSU-Fraktion in den ersten Monaten und Jahren der Opposition durchaus sehen lassen. Durch emsige Fleißarbeit wurden dem Deutschen Bundestag bis 1972 über 120 eigene innenpolitische Gesetzesinitiativen vorgelegt. Das ist eine beachtliche Leistung und war wohl auch von dem Bestreben getragen, zu zeigen, dass man auch „Opposition konnte“ – und zwar sehr gut.

Getrübt wurde diese Bilanz gleichwohl durch die Tatsache, dass sie kaum oder zumindest keinen nachhaltigen öffentlichen Widerhall fand. Noch dazu praktizierte die Koalition geschickt eine Praxis der stillschweigenden Aneignung und übernahm von den Unionsvorschlägen gezielt und kommentarlos solche Punkte, die das eigene Konzept und den eigenen Auftritt verbesserten, es zeitgleich der Union aber schwer machte, dagegen polemisieren zu können. Auch wurde ex post betrachtet und bei aller hemdsärmeligen Annahme der Oppositionsrolle der Fraktion die Durchhaltefähigkeit der sozial-liberalen Koalition grob unterschätzt, was weniger der Fraktion als der Partei schadete. Grundsätzlich herrschte in weiten Teilen von CDU wie auch CSU die Erwartung, dass die Brandt-Regierung kaum über die ersten Monate

hinauskommen würde. Mehrere Überläufer aus den Reihen der FDP-Fraktion, die die von Brandt eingeschlagene neue Richtung in der Deutschland- und Ostpolitik nicht mitgehen wollten, ermutigten zu dieser Annahme, dass die Opposition lediglich einen zwar unglücklichen, aber langfristig folgenlosen „Betriebsunfall“ darstellte. Hinzu kam eine Reihe von Erfolgen bei Landtagswahlen nach dem Machtverlust im Bund und schon bald stieß Brandts selbstbewusst vorgetragene Reformpolitik an die fiskalischen Grenzen, die Konjunkturverlauf und Inflation ihr bereiten sollten – dies gab der Lesart von der baldigen Rückeroberung des Kanzleramts weiteren Auftrieb.

In dieser Erwartungshaltung gelang ein notwendiger struktureller und für Teilbereiche auch programmatischer Anpassungsprozess an die neuen Verhältnisse nur schlecht, und dass obwohl es große Bereitschaft dazu aus der Mitte der Partei gab, wie schon der Berliner Parteitag 1968 und viel mehr noch aber der Mainzer Parteitag 1969 unmittelbar nach der Bundestagswahl gezeigt hatten. Dass die CDU hinsichtlich ihrer organisatorischen Strukturen von der Bundesgeschäftsstelle bis zu den Landes- sowie Kreis- und Ortsverbänden und ebenso bei ihren unterentwickelten Mitgliederstrukturen und den korrespondierend fehlenden Partizipationsmöglichkeiten dringenden Nachholbedarf hatte, war schon vor dem Oppositionsgang klar gewesen. Der im November 1969 in Mainz mit schwachem Ergebnis noch einmal im Amt bestätigte Kiesinger konnte der Partei obendrein nicht nur keine Impulse mehr geben, er wirkte eher als Bremsklotz. Die zwei Jahre bis zur Wahl seiner für Reformen offenen Nachfolger Barzel und Kohl erscheinen als verlorene Zeit – für die Partei und ihre Optionen in Organisation und Programm, im Übrigen aber auch für ihr tatsächliches Handeln als Opposition. Denn obschon Barzel klarer Oppositionsführer im Deutschen Bundestag war, fehlte ihm am Ende über Monate immer auch die Durchschlagskraft und die Autorität des Parteivorsitzenden, im Zweifel eben nicht nur für die Fraktion, sondern für die CDU zu sprechen.

So wurde die nach der Wahlniederlage innerhalb der Parteibasis entstandene Hoffnung auf frischen Wind in der Bildungs-, Gesellschafts- und insbesondere auch Jugendpolitik frühzeitig enttäuscht – aufgrund einer ausgebliebenen, nach vorn gerichteten und konzeptionierten Neuausrichtung an der Parteispitze wie auch durch die lockende Aussicht auf eine baldige Rückkehr in die Regierung.

Der Comeback-Trugschluss sollte sich bis ins turbulente Jahr 1972 halten, und erst das an gekauften Stimmen gescheiterte Konstruktive Misstrauensvotum gegen Willy Brandt und die verlorene vorgezogene Bundestagswahl führten nachhaltig zu einer konstruktiven Akzeptanz der eigenen Rolle als Opposition, die Räume für Veränderungen öffnete. Anflüge erster organisatorischer Anpassungen seit 1969 wurden aufgegriffen und zusammen mit programmatischen Reformansätzen im Frühjahr 1973 in die Wege geleitet. Hieraus resultierte, dass sich die Angebotspalette wichtiger politischer Haltungen im Programm der CDU für die Opposition erst spät weiterentwickelte und eine langfristige Strategie sowie einen klaren Kurs vermissen ließ.



CDU-Kanzlerkandidat Rainer Barzel stellt sich in der CDU-Parteizentrale am Abend der Bundestagswahl am 19. November 1972 den Fragen der Journalisten. Hinten rechts von ihm: Helmut Kohl, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

6. PRÄGENDE KONTROVERSE

Gleichzeitig bekam der frischgebackenen Opposition nicht gut, dass sie dem Paradeprojekt der neuen Regierung, der sogenannten Neuen Ostpolitik, scheinbar keine klar abgestimmte Haltung entgegenzusetzen wusste. Hier kristallisierte sich über Monate hinweg ein grundsätzlicher Dissens heraus, der innerhalb der Fraktion nicht zu lösen war, und schließlich in den entscheidenden Monaten des Jahres 1972 seinen unheilvollen Höhepunkt fand: Sollte man den von Willy Brandt, Egon Bahr und Walter Scheel vollzogenen Schritten und ihren nicht absehbaren Folgen in strikter Fundamentalopposition begegnen, da es sich um eine Schicksalsfrage der Nation mit langfristigen und weitreichenden Konsequenzen handelte? Oder sollte man stattdessen, gerade weil es sich um eine Schicksalsfrage der Nation handelte, alles erdenklich Mögliche daransetzen, die von der sozial-liberalen Regierung Stück um Stück geschaffenen Tatsachen in dem Sinne zu modifizieren, zu verändern und in ihrer grundsätzlichen Konsequenz offen zu halten, dass sie bene verruncare als gemeinschaftlicher, nationaler Konsens wirken konnten? Aufgrund der Komplexität und Undurchsichtigkeit der Materie und ihrer Folgen wie auch der Vielzahl der nationalen und internationalen Verkettungen, Abhängigkeiten, Interessensvertreter und Mitspieler und immer wieder neu ausgelöster Friktionen bei gleichzeitig fortlaufender Entwicklung, Zeitdruck und Bedeutungsschwere bestand kaum die Aussicht, eine einigermaßen gute Figur zu machen. Dies sollte das Bild der Oppositionspremiere der CDU nachhaltig prägen.

„Keine gute Figur“ bedeutete indes nicht „keine gute Politik“. Denn obschon die im Jahr 1972 mit der Regierung und unionsintern ausgetragenen Konflikte in aller Deutlichkeit aufzeigten, welchen Problemstellungen und an die Substanz gehenden Kontroversen eine verantwortungs-

voll agierende Oppositionspartei begegnen musste, welche Schwierigkeiten hierbei insbesondere auch lauerten, wenn man nicht nur als CDU allein, sondern im Bund mit der CSU als Union gemeinsam streiten und agieren musste, so ist, vom reinen Ergebnis her betrachtet, viel erreicht worden. An die Deutschland- und Ostpolitik Brandts, die CDU und CSU in bis heute einzigartiger Weise als Opposition mitgestalten konnten, ließ sich bei Helmut Kohls Regierungsübernahme im Herbst 1982 bestens anknüpfen, da die wesentlichen Linien dieser Politik seit Konrad Adenauer gehalten worden waren.

7. PREMIERENKRITIK

Die CDU wurde nach der Bundestagswahl 1969 von der Oppositionsrolle erstaunlich kalt erwischt – obschon es zuvor bereits Anzeichen gegeben hatte, wollte man doch die Möglichkeit offensichtlich lange Zeit nicht wahrhaben, dass die früheren Koalitionspartner künftig miteinander und ohne CDU und CSU die Politik der Bundesrepublik ordnen wollten. Selbst als dieser Prozess nicht nur im vollen Gange, sondern bereits fast vollständig abgeschlossen war, gaben sich Teile der Parteiführung noch Fantasien vom glücklichen Machterhalt hin. Dies stellte einen veritablen Hemmschuh für die notwendigen Maßnahmen dar, die die neue Oppositionsrolle der Partei und ihrer Politik abverlangen sollten.

Dass der abgewählte Kanzler Kiesinger unmittelbar nach der Wahl ohne Gegenkandidat und mehr oder weniger ohne eigene Ambitionen nochmals für zwei Jahre im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt wurde, war für den Neuordnungsprozess der Partei ebenfalls nicht hilfreich – er war Sinnbild und eifriger Verfechter der Haltung, die Abwahl stelle einen „Betriebsunfall“ dar und die CDU hätte im Prinzip kaum Bedarf, sich selbst und ihre Politik auf den Prüfstand zu stellen. Dies in Verbindung mit der realen Möglichkeit, durch ein Scheitern der Brandt-Regierung oder mittels konstruktivem Misstrauensvotum wieder in Vorhand zu gelangen, leistete der Neigung erheblichen Vorschub, den bequemeren Weg zu wählen: Statt der auch um der Zukunft willen nötigen Beschäftigung mit sich selbst, mit Organisation, Programm und Struktur, wurde lieber abgewartet und die CDU durchlief ihre Phasen des Machtverlusts: Leugnen, Wut, Depression und schließlich Akzeptanz. Dass über Monate eine klare Führung mit einem klaren Plan fehlte, trug erheblich zur Verlängerung dieser Phasen bei.

Der Kontrast zur gemeinsamen Bundestagsfraktion mit der CSU wurde hierdurch umso augenfälliger. Hier nahm der Vorsitzende Barzel die Zügel in die Hand und Trotz oder Abwarten waren seine Sache nicht. Getreu seines Mottos „Wer nicht handelt, wird behandelt“ ordneten er und die Fraktionsführung innerhalb weniger Wochen die entscheidenden Posten, Positionen und Programmpunkte für die Oppositionsarbeit im Parlament. Freilich war dabei viel Handeln um des bloßen Tuns willen im Sinne einer bewusst verordneten Beschäftigungstherapie im Spiel, doch der Aktionismus generierte Vorteile, wurden doch Personen Aufgaben und Beschäftigungen zugeteilt und umgekehrt.

Planlos war dies nicht, selbst wenn es erst einmal Agieren auf Sicht war: Der durchdachte Aktionismus wuchs sich in anspruchsvolle Oppositionsarbeit aus, auch wenn dieser Opposition aufgrund der Hoffnung auf kurzfristige Rückkehr ins Kanzleramt sichtbar keine mittel- bis langfristige konzeptionelle Strategie innewohnte. Dies machte sich insbesondere in der noch sehr unausgereiften Kommunikationsstrategie der eigenen Arbeit bemerkbar. Bis zu Brandts Ausscheiden aus dem Amt gelang es der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion nicht ansatzweise, dem medial bestens in Szene gesetzten Kanzler beizukommen. Im Gegenteil gelang es der sozial-liberalen Regierung sehr gut, sich durch gesellschaftspolitische Reformen und insbesondere bei der Deutschland- und Ostpolitik als *die* Zukunft darzustellen, ihre Politik abgrenzend zu CDU und CSU als „modern“ und als Aufbruch zu einer neuen, verheißungsvollen Zeit zu betiteln.

Umso weniger gelang es der Unionsfraktion, sich in der emotionalsten Frage des 6. Deutschen Bundestags, der Deutschland- und Ostpolitik, entscheidend als Alternative zu positionieren. In der ohnedies komplexen Sachfrage fehlte dem Oppositionsführer Barzel über zwei Jahre die Autorität des CDU-Parteivorsitzes – auch gegenüber dem CSU-Vorsitzenden Strauß und dem noch amtierenden CDU-Chef Kiesinger. Eine frühzeitige Vereinigung der Ämter in einer Person wäre sowohl für Partei als auch Fraktion günstiger gewesen, für einen einheitlicheren Kurs in entscheidenden Fragen, für die Modernisierung von Organisation und Programm, für die Stellung innerhalb der Unionsfamilie – Helmut Kohl, der 1973 die Parteiführung übernahm und sich zuvor aus taktischen Gründen immer sehr deutlich für eine Trennung der Ämter ausgesprochen hatte, sollte diese Vorteile nur allzu schnell erkennen.

8. AUSBLICK: OPPOSITION MIT 13-JÄHRIGER SPIELZEIT

Helmut Kohl war es schließlich, der die CDU 1982 zurück ins Kanzleramt führte – beinahe exakt 13 Jahre nach ihrer Oppositionspremiere und nach drei Bundestagswahlen, bei denen sie gemeinsam mit der CSU nicht den Sieg davontragen konnte. Kohl führte, nachdem er im Sommer 1973 den Parteivorsitz übernommen hatte, den noch unter seinem Vorgänger Barzel angestoßenen Reformprozess in Programm und Struktur fort. So machte er die CDU in den 1970er-Jahren zu einer modernen Mitgliedspartei.

Obwohl das zu Beginn der Oppositionszeit große und auch unionsintern geführte Streitthema der Deutschland- und Ostpolitik nach Abschluss der Verträge mit Moskau und Warschau nicht mehr zu Verwerfungen führen sollte, hatte Kohl mit den Nachwirkungen gleichwohl zu kämpfen. Trotz eines starken Ergebnisses von 48,6 Prozent der Stimmen mit ihm als Spitzenkandidaten von CDU und CSU reichte es bei der Bundestagswahl 1976 abermals nicht zum Sieg. Kohl wechselte im Anschluss, nicht ohne Zögern, vom sicheren Amt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten als Unionsfraktions- und damit Oppositionsführer nach Bonn. Hier wurde er sofort mit der aus machtpolitischen Aspekten gespeisten Kreuther



Helmut Kohl nach seiner Wahl zum CDU-Bundesvorsitzenden auf dem Bundesparteitag am 19. November 1973 in Hamburg.

Schisma-Unternehmung des CSU-Chefs konfrontiert, der Opposition von CDU und CSU im Deutschen Bundestag mittels Auflösung der CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft eine vermeintlich höhere Durchschlagskraft zu verschaffen. Diesem in primo zwar gefährlich anmutenden, aber nicht zu Ende gedachten und noch dazu dilettantisch durchgeführten Versuch von Strauß, die Machtarithmetik zwischen CDU und CSU einseitig zu verschieben, begegnete die CDU-Führung zwar erfolgreich durch konsequentes und geschlossenes Auftreten und Handeln. Am Ende ging es in der

Sache zu wie beim Hornberger Schießen: die CSU blieb nach großem unionsintern geführten Streit weiterhin in der Fraktionsgemeinschaft. Der neuerliche Start der CDU in die Opposition hatte allerdings einen erheblichen Dämpfer erhalten. Dies galt auch für den erfolgreich agierenden Parteivorsitzenden.

Dabei fiel es der Union nach dem Kanzlerwechsel zu Helmut Schmidt im Jahr 1974 und infolge der durch Öl- und Wirtschaftskrise immer schlechteren Konjunkturlage deutlich leichter als noch gegen Brandts vermeintliche „Zukunftscoalition“, mit ihrer Kritik auch mediale Treffer zu setzen. Die Reformbemühungen in der CDU zeigten Wirkung, die seit 1972 in immer größerer Zahl hinzugekommenen Mitglieder bewiesen die neue Attraktivität der Christlichen Demokratie. Überhaupt, die als vermeintlich „rotes Jahrzehnt“ geltenden und damit der Sozialdemokratie zugeschriebenen 1970er-Jahre waren vielmehr für die Unionsparteien die Dekade mit den höchsten Zustimmungswerten, was sich auch in vielen Landtagswahlergebnissen bewies.

Kohl persönlich allerdings tat sich mit seiner neuen Rolle im Bundestag grundsätzlich schwer. Er hatte dabei nicht nur mit Strauß zu kämpfen, sondern zunächst auch in der direkten Gegenüberstellung mit dem als weltmännisch auftretend rezipierten Kanzler Schmidt. Der von Medien sowie Feind und manchmal Freund dagegen phasenhaft als „Provinzler“ verspottete Pfälzer Kohl erlebte bis zu Beginn der 1980er-Jahre persönlich harte und fast krisenhafte Jahre, die er allesamt überstand. Dies gelang nicht nur durch sein sprichwörtlich dickes Fell, sondern auch, weil der bestens vernetzte „Parteimensch“ Kohl – im Gegensatz zu Helmut Schmidt – durchweg auf die grundsätzliche Loyalität des Großteils seiner Partei setzen konnte. Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß im Jahr 1980 bereitete ihm und seinen Ambitionen letztlich nicht nur keinen Schaden – das auch im persönlichen Vergleich schlechte Abschneiden des Bayern festigte im Anschluss sogar Kohls Position an der CDU- und Fraktionsspitze.

Hier konnte er nun schon bald die Früchte seiner langjährigen Bemühungen um die Freien Demokraten ernten. Denn während Kiesinger im Groll nach der Bundestagswahl 1969 die FDP noch von der politischen Bildfläche verdrängen wollte und Barzel im Anschluss keine

Ambitionen zeigte, den einstigen liberalen Koalitionspartner zu umwerben, hatte Kohl schon immer auf ein offensiv gutes Verhältnis zur FDP gesetzt. Diesen Kurs verfolgte er ab Sommer 1973 auch als CDU-Parteivorsitzender, führte ihn ab Herbst 1976 als Oppositionsführer im Deutschen Bundestag fort und fing sukzessive eine absehbare Entwicklung auf: Die großen gemeinsamen Projekte von SPD und FDP hatten sich über die Jahre entweder in Teilen erfüllt, waren an der Realität oder dem sinkenden Konjunkturverlauf gescheitert oder hatten sich über die Jahre im innerkoalitionären Prozess totgelaufen. Die Triebfedern des Bündnisses, Brandt und Scheel, hatten sich bald nach Abschluss der Ostverträge mehr oder weniger freiwillig von ihren Positionen innerhalb der Koalition verabschiedet und konnten nicht mehr als visionäre Bannerträger des gemeinsamen sozial-liberalen Projekts agieren. Ihre jeweils im Persönlichen gänzlich konträren Nachfolger, Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, waren hierzu ebenfalls nicht in der Lage und auch nicht willens: Die Stimmung in der Koalition verschlechterte sich über die Jahre zusehends. Die These, dass die Strauß-Kandidatur 1980 das sozial-liberale Bündnis in eine Verlängerung rettete oder zwang, erscheint nicht unabweisbar.



Helmut Schmidt (r.) gratuliert im Deutschen Bundestag Helmut Kohl zu seiner Wahl als Bundeskanzler am 1. Oktober 1982.

Als Kanzler Schmidt schließlich zu Beginn der 1980er-Jahre in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses weder auf die sicherheitspolitische Einsichtsfähigkeit noch auf die Loyalität eines sehr großen Teils der Sozialdemokratie zählen konnte, fiel der Mehrheit der FDP unter Genscher im Vertrauen auf Kohl und die CDU der Wechsel letztlich leichter als gedacht: Am 1. Oktober 1982 endete durch ein diesmal erfolgreiches Konstruktives Misstrauensvotum und die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler die erste Oppositionszeit der CDU auf Bundesebene.

LITERATURVERZEICHNIS

- B** **Baring, Arnulf:** Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel. Stuttgart 1982.
- Bösch, Frank:** Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart/München 2002.
- Bösch, Frank:** Die Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Jarausch, Konrad (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 296–309.
- G** **Gassert, Philipp:** Kurt Georg Kiesinger. 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006.
- Grau, Andreas:** Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 47). Düsseldorf 2005.
- K** **Kleinmann, Hans-Otto:** Geschichte der CDU. Stuttgart 1993.
- M** **Majonica, Ernst:** Das politische Tagebuch 1958–1972, bearb. von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 55). Düsseldorf 2011.
- O** **Oppelland, Torsten:** Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 39). Düsseldorf 2002.
- S** **Schönbohm, Wulf:** Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat. 1950–1980 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 7). Stuttgart 1985.
- Schwarz, Hans-Peter:** Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012.
- W** **Wambach, Kai:** Rainer Barzel. Eine Biographie. Paderborn 2019.

-
- 1 So der gleichnamige Titel der Studie von Andreas Grau zur Ost- und Deutschlandpolitik von CDU und CSU von 1969 bis 1973: Grau, Andreas: Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 47). Düsseldorf 2005.
 - 2 Zitat nach Gassert, Philipp: Kurt Georg Kiesinger. 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006, S. 727.
 - 3 „Nun steht Rainer Barzel an der Spitze“, in: *Christ und Welt*, 7.11.1969.
 - 4 Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 157.
 - 5 Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993, S. 320.
 - 6 Sten. Ber. BT, 6. WP, 29.10.1969, S. 38.
 - 7 Ebd., S. 37.
 - 8 Ebd., 9. WP, 1.10.1982, S. 7172.
 - 9 Wambach, Kai: Rainer Barzel. Eine Biographie. Paderborn 2019, S. 442.

Impressum

Der Autor

Dr. Kai Wambach ist Historiker und Referent im Bundesministerium der Finanzen. Hier ist er u. a. zuständig für die Zukunftsaufgaben der Wiedergutmachung von NS-Unrecht. 2019 veröffentlichte er eine wissenschaftliche Biographie von Rainer Barzel.

Ansprechpartner

PD Dr. Matthias Oppermann

Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
T +49 30 / 26 996-3812
matthias.oppermann@kas.de

Dr. Kathrin Zehender

Referentin Zeitgeschichte
T +49 30 / 26 996-3717
kathrin.zehender@kas.de

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

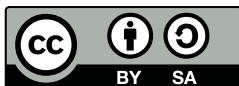
Umschlagfoto: © UPI/Süddeutsche Zeitung Photo

Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Barzel wenige Tage nach der Bundestagswahl 1969.

Bildnachweise: S. 4 © Bundesregierung/Engelbert Reineke; S. 6 © KAS/ACDP, Plakatsammlung; S. 10 © KAS/ACDP, Plakatsammlung; S. 13 © Bundesregierung/Ulrich Wienke; S. 16 © photothek.net/Süddeutsche Zeitung Photo; S. 17 © Bundesregierung/Ludwig Wegmann

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-056-7